

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Aufnahme diplomatischer Beziehungen - Scheel-Besuch in Peking

Nach einem "Spiegel"-Bericht haben in Bonn seit geraumer Zeit zwischen einer chinesischen Regierungsdelegation und Vertretern des Auswärtigen Amtes Gespräche über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen BRD - VRCh stattgefunden. Verhandlungsleiter der deutschen Seite war Ministerialdirektor Berndt v. Staden, Leiter der Politischen Abteilung des AA; weiter gehörte der Delegation der Leiter des Fernost-Referats, Gerd Berendonck, an. Zum Delegationsleiter der chinesischen Seite wurde der in Bonn akkreditierte "Hsinhua"-Korrespondent Wang Shu ernannt und für diese Verhandlungen von Chinas Pariser Botschaft aus mit besonderen Vollmachten ausgestattet. Außer Wangs Dolmetscher Hsing nahmen zwei weitere nach Bonn entsandte chinesische Diplomaten an den Verhandlungen teil. Der "Kölner Stadtanzeiger" erwähnte in diesem Zusammenhang den zusätzlich zur Verstärkung Wang Shus nach Bonn entsandten zweiten "Hsinhua"-Korrespondenten Wang Yen-yi, der ausgezeichnet deutsch spricht. Hauptgegenstand der Verhandlungen war die Vorbereitung eines Protokolls, in dem beide Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekanntgeben, und die Reise des deutschen Außenministers Scheel nach Peking. Scheel, der die Reise mit einer Boeing 707 der Bundesluftwaffe unternimmt, wird in Begleitung von 25 deutschen Journalisten - ebenso vielen wie beim Peking-Besuch des französischen Außenministers Schumann - in die chinesische Hauptstadt aufbrechen.

Am 29.9. veröffentlichten die BRD und die VRCh ein gemeinsames Kommuniqué über den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen, in dem es u.a. heißt:

"Der Außenminister der Volksrepublik China, Chi Pêng-fei, hat den Bundesminister des Auswärtigen, Walter Scheel, zu einem offiziellen Besuch in die Volksrepublik China eingeladen. Der Bundesaußenminister hat die Einladung angenommen und wird in der Zeit vom 10. bis 14. Oktober 1972 Peking besuchen.

Während des Besuches wird ein gemeinsames Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und den Austausch von Botschaftern von den beiden Außenministern unterzeichnet und veröffentlicht werden. Außerdem sind Gespräche des Bundesaußenministers mit der chinesischen Regierung über die bilateralen Beziehungen sowie über die internationale Lage vorgesehen."

Darüber hinaus verlautet, daß seit dem ersten Zusammentritt der beiden Delegationen zweieinhalb Monate verhandelt worden sei. In den beiden Hauptstädten zu errichtenden Botschaften hätten konsularische Befugnisse. Eine deutsche Stellungnahme zum Taiwan-Problem ist, wie im Auswärtigen Amt erklärt wurde, nicht erforderlich. Eine besondere Rolle spielte bei den Verhandlungen dem Vernehmen nach auch die "Vertretung der Interessen Westberlins". Die deutsche Seite hat bei den Gesprächen eine interne, offenbar schriftlich fixierte Übereinkunft erzielen können, die jedoch nicht ins Abschlußkommuniqué aufgenommen wird.

Danach wird Peking "in konkreten Fragen entsprechend der bereits entstandenen tatsächlichen Lage in Westberlin" handeln. Die BRD rechnet damit, daß in der Frage der Vertretung der in Berlin (West) lebenden Deutschen in der Praxis keine Schwierigkeiten auftreten.

Für die Verhandlungen in Peking sind folgende Themen anvisiert: Entwicklung der beiderseitigen Handelsbeziehungen, Fragen des Luftverkehrs, Sondierungen über einen wissenschaftlich-technischen und einen verstärkten Kulturaustausch. Außerdem erhofft die BRD auf dem Gebiet der Informationspolitik Fortschritte, so einen Ausbau des deutschen Korrespondentennetzes.

Wenn das Auswärtige Amt erklärt hat, daß sich die Aufnahme der Beziehungen zu China gegen niemanden richten, ist diese Haltung auf sowjetisches Verständnis gestoßen. Botschafter Falin präziserte in einem Interview mit dem "Stern", die BRD dürfe die Beziehungen zu einem so wichtigen Land wie China nicht von den "Beziehungen zu einem anderen Land" abhängig machen. Die Kritik in der Sowjetunion an der Reise Schröders nach China habe nur die subjektive Stimmung in der SU wiedergegeben, die Situation müsse aber objektiv betrachtet werden. Falin wiederholte jedoch den Standpunkt der sowjetischen Regierung, daß "Beziehungen mit einem anderen Land nicht auf Kosten eines dritten Landes" entwickelt werden sollten. (Spiegel 4.9., Welt 1., 30.9., FAZ 30.9., 4.10.).

(2) Peking distanziert sich vom Münchner Terrorakt

Am 11.9. legte die VRCh auf einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates ihre Haltung zu den Morden in München dar. Der chinesische Vertreter Huang Hua erklärte: "Es ist ein Unglück, daß sich der olympische Zwischenfall ereignet hat. Wir haben uns niemals für solche abenteuerlichen Terrorakte ausgesprochen". Eingekleidet war diese Distanzierung jedoch in harte Attacken gegen Israel, das den olympischen Zwischenfall als Vorwand zur Ausweitung seines Aggressionskrieges gegen die arabischen Länder benutze. Huang sicherte dem palästinensischen Volk und den arabischen Regierung nachdrücklich weitere chinesische Unterstützung zu (NCNA 13.9.).

(3) Peking auf der Hannoverschen Messe ?

Dr. Frank Wien, Vorstandsmitglied der Hannoverschen Messegesellschaft, hat sich über die chinesische Botschaft in der Schweiz um eine Einladung zur Cantoner Messe Anfang November bemüht. Messevertreter aus Hannover wollen dorthin eine chinesische Handelsdelegation einladen und Peking eine Repräsentanz im internationalen Zentrum der Hannoverschen Messe anbieten. Eine chinesische Reaktion steht bisher noch aus (NfA 15.9.72).

(4) Ständiger FAZ - Korrespondent in Peking

Seit dem 11. August 1972 berichtet der vorher von Hong Kong aus schreibende Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Ulrich Grudinski, aus Peking. Grudinski ist damit nach den deutschen dpa-Korrespondenten in Peking der erste Korrespondent einer deutschen Zeitung, der in der chinesischen Hauptstadt akkreditiert worden ist.

Westeuropa

(5) Frankreichs Linke hat Mao abgesetzt

In der jüngsten Ausgabe der bisher maoistischen Zeitschrift "La Cause du Peuple", die von Jean-Paul Sartre herausge-

geben wird, fehlt im Gegensatz zu früher das Porträt Mao Tse-tungs, das bisher immer auf der ersten Seite geprägt hatte. Schon in den letzten Monaten waren die Verweise auf das kommunistische China immer seltener geworden. Vor allem scheint es der Konflikt um Lin Piao gewesen zu sein, der die Herausgeber des Kampfblattes irritiert hat (Le Monde 21.9.). Diese Abwendung vom Maoismus ist symptomatisch für weite Kreise der Linken aller Schattierungen in Europa. Lange Zeit gaben die Gestalten Che Guevaras und Ho Chi Minhs das Leitbild für den Revolutionär der neuen Welt ab. Später wurde Stalin auf den Schild gehoben, und dann folgte - vor allem im Zuge der Kulturrevolution - Mao Tse-tung und seine Bewegung. Doch scheint die chinesische Praxis nicht mehr ganz den theoretischen Vorstellungen zu entsprechen, die man den Maoisten nachrühmte. Die Unterstützung des Militärregimes in Pakistan gegen die ostbengalischen Aufständischen, die Aufnahme regulärer Beziehungen mit Nigeria kurz nach der Biafra-Katastrophe, die Einbeziehung Athens in die diplomatische Infrastruktur Chinas und die engen Beziehungen mit feudalen Regimes wie Äthiopien, dem Iran und Nepal, die Domestizierung der Rotgardisten und nicht zuletzt die Vorgänge um Lin Piao haben in den Vorstellungen der Theoretiker Gräben aufgerissen, die sich nicht so leicht wieder füllen lassen. Dabei wird selten bedacht, daß China nicht nur eine revolutionäre Macht ist, sondern darüber hinaus auch die Rolle eines Nationalstaates im internationalen Gefüge zu spielen hat und daß vor allem die sowjetische Gefahr, sei sie nun wirklich oder nur eingebildet, China im Nacken sitzt, so daß - ohne Rücksicht auf ideologische Empfindlichkeiten - Vereinte Fronten aufgebaut werden müssen.

Wird nun nach der Enttäuschung mit dem China Mao Tse-tungs Kim Il-sung als neue Leitfigur auftauchen? Und wie lange wird sein Charisma, falls diese Erwartung Wirklichkeit werden sollte, vor den Realitäten bestehen können?

(6) Pompidou nach Peking

Vor Journalisten erklärte Präsident Pompidou am 4. 9. in Paris, daß er von der chinesischen Führung zu einem Besuch nach Peking eingeladen worden sei. Außenminister Schumann soll die Einladung nach seinem Besuch in Peking überbracht haben. Auf ein Reisedatum hat sich Pompidou jedoch nicht festgelegt, sondern hinzugesetzt, sein Besuch werde sicher nicht in naher Zukunft erfolgen (Times 5.9.).

Sowjetunion und Osteuropa

UdSSR

(7) Moskau erklärt sich zur neuen chinesischen Außenpolitik und der Lin Piao-Affäre

Die noch 1969 kaum vorhersehbare außenpolitische Öffnung der VRCh ist mittlerweile von Moskau sehr eigenwillig interpretiert worden. In einer Darstellung der "Prawda" (unter dem autoritativen Pseudonym J. Alexandrow) wird Pekings heutiger pragmatischer außenpolitischer Kurs als die unveränderte, alte nationalistiche Politik lediglich die taktischen Methoden. Peking möchte sich mit Korrekturen in der Außen- und Innenpolitik in der Weltöffentlichkeit Gehör verschaffen und respektabler machen. Die angeblich in

ihren Zielen unveränderte Außenpolitik Chinas weichen nach wie vor von den echten internationalen sozialistischen Positionen ab.

Moskaus Haltung zur Lin Piao-Affäre wird erstmals durch eine klare Stellungnahme präzisiert. Während aus taiwanesischen Quellen ein Dokument nach dem anderen auftaucht, wonach Lin Piao sich bei seinem Sturz habe in die Sowjetunion absetzen wollen, während Peking in verschleierter Form auf unerlaubte Beziehungen von "Schwindlern wie Liu Shao-ch'i" zum Ausland hinweist, fegt Moskau diese "absurden Erfindungen" vom Tisch und distanziert sich lautstark von dergleichen Verbindungen. Die osteuropäische Presse schließt sich der neuen Sprachregelung an. "Rude Pravo" versichert, daß Marschall Lin Piao niemals Freundschaftsfühler ausgestreckt habe, sondern im Gegenteil Mitgestalter der Politik der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Gemeinschaft gewesen sei. Er müsse dazu als Mitgestalter der Politik des Anti-Sowjetismus betrachtet werden, wie sie in den Dokumenten des 9. Parteikongresses niedergelegt wurden. Der antisowjetische Lin Piao werde auf diese Weise nur zum Sündenbock für verfehlte vorherige Politik gemacht (Prawda 5.9.; Rude Pravo 14.9.; Le Monde 6., 12.9.; IHT 7.9.).

(8) Drei neue sowjetische Divisionen an die chinesische Grenze - Demonstrative Manöver über drei Monate

Aus Kreisen des Pentagon verlautet, die Sowjetunion habe den 46 an der chinesisch-sowjetischen Grenze stationierten Divisionen drei weitere Divisionen (mechanized) hinzugefügt. Nachdem schon fast ein Drittel der gesamten Sowjetarmee an dieser Grenze stationiert ist, wurde von militärischen Beobachtern eine solche Verstärkung nicht für wahrscheinlich gehalten, weil die sowjetischen Truppen, die sich seit 1968 (damals 15 Divisionen!) hier konzentrieren und mit einer Stärke von 46 Divisionen bereits ein ausreichendes Gegengewicht gegen die chinesischen Kräfte darstellen. Allgemein ist mit einer möglichen weiteren Truppenverstärkung allenfalls für die Zeit nach einem Abkommen über Truppenreduzierung in Europa gerechnet worden. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß die Sowjetunion damit ein stärkeres Druckmittel für das Eingreifen bei evtl. auftretenden innenpolitischen Wirren in China schaffen möchte.

Aus der gleichen Quelle verlautet, daß Moskau noch im Monat September ausgedehnte Manöver über einen Zeitraum von drei Monaten in der Grenzregion abhalten werde (IHT 11.9.72).

(9) Sorgen Moskaus wegen Japan

Einer der Gründe, warum die Chinesen so stürmisch auf Normalisierung der Beziehungen mit Japan drängten, lag in dem Bestreben, den Sowjets zuvorzukommen und eine enge russisch-japanische Zusammenarbeit zu verhindern, die gerade im Hinblick auf die spektakulären Rohstoffvorkommen in Sibirien nicht ganz in der Ferne liegt. Der Besuch Gromykos vom 23. bis 28. Januar 1972 hatte die Chinesen ja aufs äußerste beunruhigt.

Nun ist es an Moskau, besorgt zu sein. Der japanische Ministerpräsident Tanaka hat dem sowjetischen Parteichef Breshnew zwar in der Zwischenzeit eine Botschaft zukommen lassen, die offensichtlich als Trostpflaster gedacht war. Auch sollen schon in Kürze zwischen der Sowjetunion und Japan Gespräche in Moskau über den schnellstmöglichen Abschluß eines Friedensvertrages beginnen (NZZ 25.9.72). Gleichwohl hat der "Corriere della Sera" nicht

ganz Unrecht, wenn er meint, daß sich aus der Sicht des Kreml die chinesisch-japanische Versöhnung in Peking wie die "Geburt einer gelben Allianz" ausnimmt, die zu den "furchterregendsten der Geschichte Asiens gehört" (zitiert in FAZ 26.9.). Zumindest wird die Tendenz des "Asien den Asiaten" den Russen jegliche Fernostpolitik in Zukunft saurer machen. Tanaka ist der dritte japanische Ministerpräsident, der während seiner Amtszeit nach China kommt. Im Jahre 1906 inspizierte Marquis Saionji die Südmandschurei, 1940 weilte General Tojo in Nanking. Tanaka ist zugleich auch der erste japanische Ministerpräsident, der in friedlichen Absichten kommt. Für Moskau ist dies ein völlig neuer Gesichtspunkt, zumal in der Tischrede am 25.9. Chou En-lai betonte, der Besuch Tanakas schlage eine neue Seite im Buch zweitausendjähriger Freundschaft zwischen China und Japan auf.

Trotz der Befürchtungen Moskaus dürften sich die günstigen Ansätze im japanisch-sowjetischen Verhältnis auch in den nächsten Jahren weiterentwickeln. Zwischen 1970 und 1971 hat sich der Handelsaustausch zwischen den beiden Ländern um 13 % ausgedehnt, so daß Japan nunmehr zum führenden kapitalistischen Handelspartner der Sowjetunion geworden ist. Japan wird auch den Chinesen zuliebe nicht auf die weiteren Früchte dieser schnell wachsenden Beziehungen verzichten wollen.

(10) Bessere Handelsbeziehungen

Trotz der Spannungen zwischen Moskau und Peking ist die Sowjetunion daran interessiert, ein rosiges Bild der sino-sowjetischen Handelsbeziehungen zu zeichnen. Nach Radio Moskau wuchs der Handelsverkehr in den letzten drei Jahren beträchtlich. 1970 und 1971 stieg das Warenaustauschvolumen zwischen den beiden Großmächten um 220 % und wird sich im laufenden Jahr um weitere 70 %, d.h. um einen Gesamtwert von 240 Mill. Rubeln erweitern. Peking sei an einem Ausbau seines Handels mit der Sowjetunion sehr interessiert, und die UdSSR räume der VRCh Handelsvorteile ein, wie sie keinem der kapitalistischen Staaten gewährt würden. Die UdSSR sei ein idealer Markt für chinesische Exportprodukte. Radio Moskau weist auf die drei in den letzten drei Jahren abgeschlossenen Handelsbasisverträge hin, deren letzter vom 13.6.1972 datiert. Auf dieser Vertragsgrundlage exportiert die Sowjetunion Industriegüter, wie Flugzeuge, landwirtschaftliche Maschinen, Lastwagen, Bohrtürme, Generatoren und Ersatzteile, während China Roherze, Tier- und Pflanzenöle, sowie Häute, Leder und Früchte liefert (BPA 21.9.)

(11) ALBANIEN

Geheimbesuch Ch'iao Kuan-huas

Westliche Nachrichtenagenturen (Reuter 9.9.) berichten aus Peking, die VRCh habe Bulgarien Ende des Vormonats ersucht, am 21. und 22. August bulgarisches Territorium überfliegen zu dürfen. Auch albanische Diplomaten in Peking erklärten, daß Ch'iao vom 24. bis 26.8. in Tirana gewesen sei. Bei den Nuancierungen, die in einzelnen konkreten politischen Fragen der letzten Zeit zwischen Tiranens und Pekings Kurs aufgetreten sind, wird eine solche Reise zur Vermeidung von allzu offensichtlichen Differenzen durchaus verständlich. Das beweisen deutlich albanische Stellungnahmen aus dem Monat September: Die

besonders scharfen Attacken gegen die "Gierek-Clique", die die wirtschaftliche und politische Krise des polnischen Revisionismus nur vertiefte, sowie wiederholte Berichte der albanischen Presse über Flugblätter einer angeblichen illegalen maoistischen KP Polens in Warschau können in China in einem Moment wenig gelegen kommen, wo es zur vorrangigen politischen Zielsetzung erhoben worden ist, die osteuropäischen Staaten nach Möglichkeit maximal von der Sowjetunion zu isolieren. Ebenso wenig dürften vor dem Hintergrund der Verhandlungen zwischen der VRCh und der BRD Albaniens Frontalangriffe auf Bonns "fiebrhafte Aufrüstung", den "Bonner Militarismus und Imperialismus" sowie seine "aggressiven Pläne" in das Konzept Pekings passen. Die von Moskau inspirierte offizielle osteuropäische Presse versucht inzwischen, solche bisher marginalen Verstimmungen in den albanisch-chinesischen Beziehungen auf ihre Weise zu nutzen. Die ungarische Presse verzeichnet "gewisse Störungen" im Verhältnis der Verbündeten und prophezeit, die albanische Führungsspitze könne sich letztlich auf die überraschenden politischen Kapriolen der Chinesen nur dadurch einstellen, daß sie zu ihren wahren Verbündeten - den europäischen sozialistischen Ländern - zurückfände. Diese sozialistischen Länder sind jederzeit bereit, alle Schritte zu fördern, die zur "Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften Albaniens" beitragen können (NZZ 11.9., Radio Tirana 10.9., 24.9., 25.9., Radio Budapest 23.9.).

(12) Studiengruppe der VBA

Am 13. September empfing Beqir Ballaku, Mitglied des albanischen Politbüros, alle Mitglieder einer "Studiengruppe der chinesischen Volksbefreiungsarmee"; Bisher haben zwar zahlreiche, nicht näher spezifizierte Militärdelegationen und auch Urlauber der VBA Albanien besucht; von einer "Studiengruppe der VBA" war jedoch bisher im Zusammenhang mit Albanien nicht die Rede gewesen. Sollen Möglichkeiten für eine bessere Verteidigung des Balkanstaates erforscht werden? (NCNA 13.9.)

Nordamerika

KANADA

(13) Engere Wirtschaftsbeziehungen

Während die Leistungsschau der VRCh auf der jährlich Ende August/Anfang September in Toronto stattfindenden Canadian National Exhibition eher eine Freundschaftsgeste schien, als daß sie der Steigerung des Exports nach Kanada diene, wurden auf der fast gleichzeitig stattfindenden Kanadischen Industriemesse in Peking (s. C.a. August 72 S.3-4) unerwartete Erfolge erzielt. Noch während der zwei Ausstellungen haben beide Regierungen den Abschluß eines Abkommens über Zusammenarbeit und Austausch auf den Gebieten der Kultur, der Wissenschaft, der Technik, der Medizin, der Erziehung und des Sports verkünden können.

Auf der Messe in Peking wurden Abschlüsse im Umfang von rd. 25 Mio. Dollar getätigt, darunter ein Vertrag über die Lieferung von kanadischem Nickel im Werte von 15,5 Mio. Dollar, der größte Einzelauftrag, den Kanada außer für Weizen jemals von China erhalten hat. Weitere Verträge betreffen Lieferungen von Kali, Aluminium, elektrischen und elektronischen Apparaten, Pulpe und Zuchtrindern. Schwere Transportfahrzeuge im Werte von etwa 1 Mio. DM übernahmen die Chinesen nach Messe-

schluß. Darüber hinaus kam ein Vertrag im Werte von 5,7 Mio. Dollar zustande, aufgrund dessen eine kanadische Firma zwei komplette Sende- und Empfangsstationen für Fernmeldesatelliten in China baut.

Anfang des Jahres wurde bereits ein gigantisches Weizenabkommen geschlossen. Das Kanadische Weizenamt hat dazu einen Vertrag über etwa 1,5 Mio. t Weizen unterzeichnet, die in den letzten vier Monaten des Jahres 1972 nach China geliefert werden sollen und Kanada schätzungsweise über 100 Mio. US-Dollar einbringen.

Im vergangenen Jahr erreichte die kanadische Ausfuhr nach China einen Rekordwert von 204 Mio. US-Dollar, wovon 195 Mio. US-Dollar allein Weizenlieferungen betrafen. Schon im laufenden Jahr dürfte der Handel nun 250 Mio. Dollar übersteigen. Der Generaldirektor der Messe in Peking, L.J. Rodger, faßte den allgemeinen Eindruck so zusammen: "Wir haben ein Tor in die Zukunft geöffnet und größere Wirkungen erzielt, als wir uns je hätten vorstellen können (Newsweek 4.9., NZZ 15.9., CSM 7., 8.9.)."

USA

(14) US-Wissenschaftler hält Vorträge in Peking

Der Herzspezialist Dr. E. Grey Dimond hat auf chinesischen Wunsch Anfang September acht offizielle Vorträge in Peking gehalten; er ist Sprecher einer Gruppe von Ärzten der American Medical Association und des Institute of Medicine, einer Abteilung der Nationalen Akademie der Wissenschaften. Dimond erklärte, er habe eine Reise von zehn chinesischen Ärzten in die Vereinigten Staaten vorbereitet; sie sollen Anfang Oktober in New York eintreffen und während einer dreiwöchigen Rundreise Vorträge über chinesische Medizin vor amerikanischem Fachpublikum halten (IHT 15.9.).

(15) "Hsinhua"-Korrespondenten in den USA

Drei Korrespondenten der offiziellen chinesischen Nachrichtenagentur "Hsinhua" haben zu Beginn des Monats erstmals aus eigenem Augenschein über die Vereinigten Staaten berichten können. In Begleitung des "New York Times"-Korrespondenten Fox Butterfield reisten die Journalisten Chang Hai-tao, Tsien Szu-chieh und Yeh Chih-hsiung 13 000 Meilen mit dem Wagen durch elf Staaten von New York nach Wisconsin. Die "Hsinhua"-Korrespondenten waren bereits seit Anfang des Jahres der chinesischen UN-Mission in New York zugeordnet, wo sie sich jedoch nach den Bestimmungen des amerikanischen Außenministeriums nur im Stadtbezirk frei bewegen können, soweit keine schriftliche Reisegenehmigung vorliegt (IHT 4.9.).

AFRIKA

MAROKKO

(16) Glückwünsche für den König

Die Regierung in Peking hat sich - ebenso wie die in Moskau - den zahlreichen Sympathie- und Glückwunschschaften angeschlossen, die der marokkanische König Hassan II. nach dem mißlungenen Attentat am 16. August erhalten hat. (Zur Mittelmeerpolitik Pekings

vgl. C.a. April 72 S.10 ff., Juni S.13 ff. und August S.4).

SAMBIA

(17) Warnung vor Akupunktur

Das regierungseigene Blatt "Zambia Mail" warnte in seiner Ausgabe vom 29.8. vor Propagandamaßnahmen, die darauf abzielten, die Völker von China und Sambia zu entzweien. Anlaß für diese Attacke waren Zirkulare, welche sambische Studenten in England ausgegeben hatten und in denen stand: "Wir müssen vom Fall Tansania lernen, welches beinahe eine chinesische Kolonie geworden ist". Die Zirkulare sprechen auch Warnungen vor Akupunkturbehandlung durch chinesische Ärzte aus, da hierdurch Eingriffe in das menschliche Gehirn zu befürchten seien.

Die "Zambia Mail" wies in ihrer Polemik gegen diese Ausführungen vor allem auf die im Entstehen begriffene Tansania-Sambia-Eisenbahnlinie hin, die mit chinesischer Hilfe gebaut wird und bei deren Bau z.Zt. nicht weniger als 10 000 Sambier beschäftigt sind (Times 29.8.).

TOGO

(18) Diplomatische Beziehungen

Nachdem es der VRCh gelungen ist, mit westafrikanischen Staaten wie Ghana, Äquatorial-Guinea, Kamerun, Sierra Leone und Senegal diplomatische Beziehungen aufzunehmen, ist nun auch Togo an der Reihe. Im Gegensatz zu seiner Ostafrika-Politik hatte Peking in Westafrika nicht immer eine glückliche Hand. Unter anderem hatten Ghana, Zentralafrika und Dahomey, die mit Peking bereits offizielle Kontakte unterhalten hatten, wegen angeblich subversiver Tätigkeit der chinesischen Repräsentanten die Beziehungen zu China abgebrochen, und zwar im ersten Drittel der sechziger Jahre.

Der Hauptsatz im nunmehr veröffentlichten toganisch-chinesischen Kommuniqué vom 26.9.1972 lautet: "Die Regierung der Volksrepublik China unterstützt die Regierung der Republik Togo in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus Die Regierung der Republik Togo erkennt die Regierung der Volksrepublik China als einzige legale Regierung Chinas an " (NCNA 26.9.).

Bereits am 27.9. kam es zum Abschluß eines Wirtschaftshilfeabkommens zwischen beiden Ländern (NCNA 27.9.).

UGANDA - TANSANIA

(19) Militärhilfe für wen ?

Die Auseinandersetzungen zwischen Uganda und Tansania, also zwei Ländern, mit denen die VRCh bisher gute Beziehungen unterhalten hatte (Näheres C.a. Mai 72 S.5), sind dazu angetan, Peking in einen Zustand der Schizophrenie zu stürzen. Die ugandische Luftwaffe (21 Kampfflugzeuge, darunter MIG 15- und MIG 17-Jagdbomber, 14 bewaffnete Schulflugzeuge vom französischen Typ "Magister" sind der tansanischen, die nur aus wenigen Transport- und Schlupflugzeugen besteht, überlegen.

Für Tansania brach der Krieg zu früh aus, denn Ende des Jahres soll das Land von der VRCh eine Staffel MIG-Düsenjäger erhalten, die in der VRCh hergestellt wurden. Auch erhalten tansanische Piloten und Bodenpersonal seit Ende 1970 in China das nötige Spezialtraining.

Wie wird sich China aus der Verlegenheit befreien? Vielleicht vermag N.N.Chona, der Vizepräsident der Republik Sambia, der am 17.9. auf Einladung der chinesischen Regierung in Peking eingetroffen ist, als "ehrlicher Makler" mit zur chinesischen Entscheidungsbildung beizutragen.

Chou En-lai, Li Hsien-nien und Hsü-Hsien-chien führten bezeichnenderweise mit Chona noch am Ankunftstage ausgedehnte Gespräche (NCNA 17.9.).

BANGLA DESH

(20) Ch'iao Kuan-hua für bilaterale Einigung Dacca-Islamabad

Nachdem die VRCh durch ihr Veto gegen die UNO-Aufnahme Bangla Deshs gegenüber anderen Staaten, die Dacca durchaus positiv gegenüberstehen, in die Minderheit geraten war (vgl. C.a. August, S.19), sucht Peking nun dadurch einen Ausweg zu finden, daß es für Gespräche zwischen Bhutto und Sheik Mujibur eintritt und dadurch die Lösung der Bangla Desh-Frage auf bilateralem Wege diplomatischer Beziehungen fördert. Diese Absicht kam bei der Bankettrede des stellvertretenden chinesischen Außenministers Ch'iao Kuan-hua in Rawalpindi zum Ausdruck (MD Asien, 30.8.).

HONG KONG

(21) Hong Kong sichert Trinkwasserversorgung

Die Bauverwaltung der Hong Konger Regierung hat zwei Aufträge in Höhe von rund 800 Mio. Hong Kong-Dollar an ausländische Firmen vergeben, die die Wasserversorgung der britischen Kronkolonie auf eigene Füße stellen sollen. Hong Kongs Wasserverbrauch liegt im Augenblick bei etwas über 200 Mio. Gall. täglich und wird in den nächsten 10 Jahren auf etwa 300 Mio. Gall. steigen. Die Jahreskapazität der vorhandenen Reservoirs beträgt knapp 60 Mrd. Gall; dazu liefert China über eine Rohrleitung während der Sommermonate 15 Mrd. Gall. Flußwasser.

Das erste Projekt, zu dem die Bauarbeiten im Oktober 1972 beginnen, wird das letzte und größte natürliche Reservoir Hong Kongs sein. Zwei Steindämme riegeln eine Einbuchtung zwischen dem Festland und einer vorgelagerten Insel ab und bilden dadurch einen künstlichen See (High Island Reservoir), der sich nach Auspumpen des Meeresswassers mit Regenwasser der umgebenden Berghänge füllen soll. Das Staubecken mit einem Fassungsvermögen von 60 Mrd. Gall. wird 1979 fertiggestellt sein. Das zweite Projekt ist Hong Kongs erste Entsalzungsanlage, die in Teilen im Sommer 1974 in Betrieb genommen werden kann und eine Tagesproduktion von 40 Mio. Gall. haben wird. Nach dem Bau des letzten und größten natürlichen Reservoirs nämlich ist Hong Kong nun auf die Destillation von Meerwasser angewiesen, falls China nicht seine Wasserlieferungen erweitert (NFA, 11.9.72).

INDONESIEN

(22) Indonesiens Bedingungen für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen

Im Zusammenhang mit der immer höher schlagenden Anerkennungswelle ist auch Indonesien permanent in der Chinafrage herausgefordert und zu Antworten gezwungen. In einem Interview Mitte September gegenüber der Saudi-Arabian News Agency sagte Außenminister Malik, die Beziehungen zwischen beiden Ländern, die derzeit eingefroren seien, könnten unter drei Bedingungen wieder normalisiert werden: Peking müsse erstens seine Hilfe für die kommunistischen Überreste in Indonesien einstellen; es müsse zweitens seine Presse- und Rundfunkangriffe auf Indonesien beenden und schließlich drittens davon abgehen, maßgebende Führer der Rest-PKI in Peking zu beherbergen (MD Asien, 12.9. S.1). (Zum Hintergrund der Beziehungen zwischen beiden Ländern vgl. u.a. C.a. August 72, S.5).

JAPAN

(23) Staatsbesuch (25.-30. September)

Auch die letzten, im August noch dissidierenden Gruppen, die KPJ und der rechte Pro-Taiwan-Flügel der LDP, gaben schließlich noch ihren Konsensus, wenn auch eingeschränkt, zu Tanakas Peking-Reise. Der Führer der Kommunistischen Partei Japans, Kenji Miyamoto, erklärte auf einer Pressekonferenz am 7.9., die KPJ sei mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VRCh einverstanden, solange das Tanaka-Kabinet sich an die "Ein-China-Politik" halten würde. Zugleich lehnte er Angriffe aus Peking gegen die KPJ ab (JT 10.9.).

Der Pro-Taiwan-Flügel der LDP gab sich damit zufrieden, eine endgültige Entscheidung über die Taiwan-Frage den Verhandlungen in Peking und damit Tanaka selbst zu überlassen. Eine entsprechende Übereinkunft wurde am 22.9. auf einer Sitzung des Exekutivrates der LDP erreicht - nach monatelanger Auseinandersetzung innerhalb der Partei über diese Frage (JT 23.9.).

Die einzige problematische Frage zwischen den japanischen und den chinesischen Unterhändlern über die Bedingungen des Staatsbesuches, die Zahl der zugelassenen japanischen Korrespondenten, konnte schließlich zur Zufriedenheit der Japaner gelöst werden. Statt 130 wurden 150 Personen zugelassen. Die Beschränkung wurde mit Unterbringungsschwierigkeiten begründet (JT 6.9.).

Zur direkten Vorbereitung des Besuches waren vom 2. - 6.9. eine Delegation der Regierung und vom 14. - 20.9. eine aus 23 Mitgliedern bestehende Delegation der LDP in Peking (JT 15.9. u.a.).

Letztere Delegation unter Zentarō Kosaka brachte von Chou En-lai die Versicherung mit, daß kleinere Probleme den Erfolg des Besuches nicht hindern würden. Dies zeigt die unbedingte Entschlossenheit der chinesischen Seite, zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Andererseits waren die "wichtigeren" Punkte aber bereits so genau besprochen, daß der Entwurf eines Kommuniqués von der LDP vorbereitet und von Chou En-lai im großen und ganzen für gut befunden werden konnte. Allerdings hatten die Japaner noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, in der Taiwan-Frage noch zu irgendeinem Kompromiß zu kommen. Chou En-lai hatte zu dieser Hoffnung jedoch niemals Anlaß gegeben.

Der Besuch wurde in China durch allgemeine Studien über die Geschichte der japanisch-chinesischen Beziehungen in Kommunen und Straßenkomitees vorbereitet. Dabei wurde vor allem die Trennung zwischen dem japanischen Volk und den japanischen Militaristen betont. JMJP informierte erstmals am 20.9. über den bevorstehenden Besuch (JT 24.9.). Über den Verlauf des Besuches wurde in JMJP ausführlich berichtet.

In vier Gesprächsrunden zwischen Tanaka und Chou En-lai wurde u.a. über die Formulierung zur Taiwan-Frage und zur technischen Beendigung des Kriegszustandes im Kommuniqué verhandelt. Diese Erörterungen waren wohl etwas schwierig, denn der ursprünglich für die Unterzeichnung des Kommuniqués angesetzte Termin (Donnerstag) mußte auf Freitag, den 27.9., verschoben werden. (Das Kommuniqué selbst wird als Dokument in dieser Ausgabe von C.a. wiedergegeben).

Der Staatsbesuch begann mit dem Hissen der japa-

nischen Flagge und Abspielen der japanischen Nationalhymne erstmals seit Beendigung des Krieges auf dem chinesischen Festland. Tanaka und Ohira wurden von Chou En-lai begrüßt.

Am Montag folgte die erste Gesprächsrunde zwischen den Vertretern der beiden Staaten, am Abend gab Chou En-lai ein Bankett; die Tischreden wurden in JMJP am Dienstag wiedergegeben. Vor Aufnahme der zweiten Gesprächsrunde am Dienstag überreichte der erste Kabinettssekretär, Susumu Nikaido, dem Berater des chinesischen Außenministeriums, Liao Ch'eng-ehih, die Liste der japanischen Geschenke, darunter auch Keramik von Außenminister Ohira an seinen chinesischen Kollegen Chi P'eng-fei. Am Mittwoch wurde Tanaka von Mao Tse-Tung empfangen. Die dabei angesprochenen Themen reichten von der chinesischen Geschichte über die chinesisch-japanischen Beziehungen bis zu Fragen der chinesischen Küche (so Kyodo). Tanaka selbst erklärte am Donnerstag, er habe mit Mao über die Zukunft der beiden Völker und über internationale Fragen gesprochen. JMJP berichtete ausführlich über diese Begegnung am folgenden Tag (28.9.). Zuvor hatte Tanaka die Mauer besucht und war mit Chou En-lai zusammengetroffen.

Die abschließenden Gespräche über die Formulierung des Kommuniqués wurden erst am Donnerstag geführt. Am Abend gab Tanaka ein Schlußbankett für Chou En-lai. Dabei bezeichnete Chou die Ergebnisse als "fruchtbar" und die Gespräche als "ernst, freimütig und freundlich" (JT 29.9.).

Das Kommuniqué wurde am Freitag, 10.29 Ortszeit, unterzeichnet (vgl. Dokument). Anschließend gab der japanische Außenminister Ohira auf einer Pressekonferenz bekannt, die japanische Regierung sei der Ansicht, daß als Ergebnis der Normalisierung der Beziehungen zwischen Japan und China der Vertrag zwischen der Republik China und Japan von 1952 seine Existenzberechtigung verloren habe und beendet sei (JT 30.9.).

Am Nachmittag desselben Tages flog Tanaka in Begleitung Chou En-lais nach Shanghai, wo er mit dem Vorsitzenden des dortigen Revolutionskomitees, Chang Ch'un-ch'iao zusammentraf. Dieser und Chou En-lai verabschiedeten den Staatsbesuch am 30.9. auf dem Flughafen von Shanghai.

KAMBODSCHA

(24) Psychologische Kriegführung gegen Lon Nol

Anfang September erläuterte Prinz Sihanouk vor Journalisten in Peking die neue Lage: Der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai sei der Ansicht, die amerikanische Regierung werde das Regime von Marschall Lon Nol in Pnom Penh fallen lassen. Nach Chou teilten - so Sihanouk - immer mehr Mitglieder der amerikanischen Regierung die Ansicht Mansfields, dem Regime in Kambodscha müsse die Unterstützung entzogen werden. Chou stehe auch in diesen Fragen in ständigem Kontakt mit Kissinger. McGovern wird dahingehend ausgelegt, daß er bei einem US-Regierungswechsel die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kampuchea mit Sihanouk an der Spitze unmittelbar anerkennen wolle. Den Schatten des Marxismus über Kambodscha versuchte der Prinz im übrigen, durch den Hinweis zu unterkräften, seine Regierung strebe keineswegs ein kommunistisches Regime in Kambodscha an. Kommunisten und Nichtkommunisten müßten sich die Macht in Kambodscha teilen, die Mehrheit der Bevölkerung sei ohnehin nicht kommunistisch.

Ganz abgesehen von solchen gezielten Presseerklärungen hat sich die Lage des Lon Nol-Regimes tatsächlich erheblich verschlechtert. Pnom Penhs Bevölkerung ist

durch einen Flüchtlingsstrom auf über 1,2 Mio. angeschwollen. Sechs der sieben Hauptausfallstraßen, die Pnom Penh mit den Provinzen verbinden, sind von kommunistischen Verbänden abgeschnitten; Nahrungsvorräte werden knapp, der Reispreis steigt enorm. Lon Nols Armee, die auf über 125 000 Mann geschätzt wird, ist inzwischen vollständig defensiv geworden.

So kann die Sihanouk-Erklärung als eine geschickte Lancierung von Gerüchten gewertet werden, die die Stellung Lon Nols weiter untergraben dürfte. Das US-Außenministerium kommentierte denn auch ungehalten die Äußerungen des Exilpolitikers als eine "Orchestrierung falscher Berichte". Die USA unterstützten weiter die Regierung Lon Nol; allein die Wirtschaftshilfe Amerikas für Kambodscha habe bis zum 30. Juni 56 Mio. US Dollar erreicht (AFP, 4.9., NZZ, 14.9., HHT, 7.9., 15.9.72).

MALAYSIA

(25) Weitere Annäherung an Peking

Am Empfang anlässlich des Nationalfeiertages zu Anfang des Monats in Malaysias Londoner Botschaft hat erstmals der chinesische Botschafter teilgenommen, obwohl noch keine diplomatischen Beziehungen mit Peking bestehen und in Kuala Lumpur noch immer Taiwans Konsul residiert. Diese Geste Pekings zeigt erneut das Interesse Chinas an der Fortsetzung der Normalisierungsbestrebungen. Im Mai und Oktober 1971 hatte eine malaysische Handelsdelegation Peking besucht, im August eine chinesische Delegation in Kuala Lumpur verhandelt. In einem Abkommen verpflichtete sich Malaysia zu Lieferungen von Rohgummi, Palmöl und Holz. Peking hat inzwischen wiederholt offiziell von "Malaysia" - statt wie bisher von "Malaya" - gesprochen; außerdem scheint die Volksrepublik ihre Unterstützung für die kommunistischen Guerillas herabgestuft zu haben. Wie im Falle Thailands ist der chinesische Bevölkerungsteil Malaysias, der etwa 40% ausmacht, ein Problem bei der Erweiterung der Kontakte. Im Falle einer diplomatischen Vertretung Pekings wird die Loyalität der malaisischen Chinesen gegenüber ihrem eigenen Staat nicht allzu hoch veranschlagt. Bei dem Außenministertreffen der ASEAN Ende 1971 hatten daher insbesondere Singapore und Thailand Malaysia gemahnt, aus solchen bevölkerungspolitischen Gründen das Tempo der Annäherung nicht zu übersteigern (NZZ, 16.9.).

MONGOLISCHE VOLKSREPUBLIK

(26) In Peking wurde während des Berichtsmonats ein neues Rundfunkprogramm in mongolischer Sprache aufgenommen (SWB 22.9.). (Zu den Schwierigkeiten mit der Mongolei vgl. C.a. Juli 1972, S.6).

PAKISTAN

(27) Spionage für USA

Die "Karachi Daily News" behauptete in ihrer Ausgabe vom 19. September, daß Ende 1971 bei Flügen der Pakistan International Airlines über chinesischem Territorium Daten zur nuklearen Niederschlagsdichte gesammelt worden seien. Hinter diesen Aktionen stehe die USA als Auftraggeber. In der Zwischenzeit wurde der frühere Vorsitzende der pakistanischen Atomenergiekommission entlassen (JT 21.9.) Dieser Vorfall könnte ein erster möglicher Anlaß für Zerwürfnisse zwischen den beiden Bündnispartnern werden.

PHILIPPINEN

(28) Humus für Guerillas

Die jüngste Flutkatastrophe in Luzon hat dazu geführt, daß es in dem ohnehin von sozialen Fieberanfällen geschüttelten Inselreich zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Aufständischen und Regierung sowie zur Verhängung des Kriegsrechts gekommen ist.

Zu lange haben die Reformen nun auf sich warten lassen. Einem Meer von Armut stehen jene legendären 400 Millionäre des Inselreiches gegenüber, die ihre wirtschaftliche Macht in politischen Einfluß umgesetzt haben, die des weiteren die Wirtschaft beherrschen und z.B. 80% der durch amerikanische Zuckerkäufe so rentablen Zuckerplantagen betreiben und die schließlich zu allem Überfluß noch gegen sämtliche Reformansätze zugunsten der breiten Massen ankämpfen. Die 400 000 Mitglieder umfassende "Free Farmers' Association", die eine radikale Landreform fordert und starken Einfluß auf die bäuerliche Bevölkerung ausübt, hat bisher vergeblich darauf gewartet, daß Präsident Marcos gegen die Interessen dieser Minderheit seine Reformversprechen einlöst.

Hinzu kommt auf den Philippinen eine ungewöhnlich große Korruption, an der einerseits das im ganzen Land verbreitete Gangstertum partizipiert, die aber andererseits auch durch einen weitgefächerten Nepotismus begünstigt wird, der gerade die Administrative unmäßig aufbläht. Rund 52% des Nationalbudgets werden gegenwärtig für die Gehälter von Regierungsangestellten aufgewendet (Times 25.9.).

Zusammengenommen geben all diese sozialen Fehlleistungen einen hervorragenden Humus für organisierte Unzufriedenheit ab. Die von der offiziellen chinesischen Presse zumindest verbal unterstützte "Neue Volksarmee", die nach dem Untergang der alten Huk-Guerillas im Dezember 1968 gegründet wurde und die im Bereich der beiden großen philippinischen Inseln Luzon und Mindanao nunmehr bereits die Stärke von rund 10 000 Aktiven und 100 000 Sympathisanten erreicht haben soll, sind in den letzten Wochen dazu übergegangen, den Regierungstruppen heftige Kämpfe zu liefern. Bei der Verhängung des Kriegsrechts brachte Präsident Marcos seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die Rebellen von einer "ausländischen Macht" und zwar einer kommunistischen Macht - unterstützt würden, ohne jedoch einen Namen zu nennen (NZZ, 25.9.). Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß Marcos damit die VR China gemeint hat, deren Unterstützung für Amado Guerrero, den Vorsitzenden der Philippinischen Neo-KP, kein Geheimnis ist (Näheres C.a. August 72, S.7 f.).

THAILAND

(29) Andeutungen über Beziehungen zur VRCh

Nachdem die Asiatische Tischtennis-Olympiade in Peking begonnen hat, wird sich zeigen müssen, ob die Ping-Pong-Diplomatie auch zu verbesserten Beziehungen zwischen Thailand und der VRCh führt. (Näheres dazu C.a. August 1972, S.8).

Journalisten gegenüber erklärte der Direktor des "Operationskommandos für die Unterdrückung der Kommunisten", Generalleutnant Saiyud Kerphong, daß die Aktivität der Aufständischen in Thailand kein Hindernis für eine diplomatische Annäherung zwischen Bangkok und Peking sei. Der Generalleutnant wollte sich nicht darüber aussprechen, ob diese Aktivitäten die Unterstützung Chinas hätten. Er erklärte lediglich, daß

aufgrund § 13 des Gesetzes zur Unterdrückung der Kommunisten kein Thai-Staatsbürger in Länder reisen dürfe, wo seine kommunistischen Neigungen gefördert werden könnten. Sollte dies ein Hinweis auf die Ausbildung von Guerilleros durch China sein? Er, Saiyud, wolle andererseits aber auch klarstellen, daß die Maßnahmen gegen die Kommunisten weitergingen, auch wenn eines Tages diplomatische Beziehungen mit der VRCh bestehen sollten. Thailand unterhalte ja auch - trotz seiner antikommunistischen Einstellung - Beziehungen mit der Sowjetunion.

Im übrigen wird in Thailand betont, daß die Verhältnisse 1972 weitaus friedlicher seien als 1971. Vor allem seien die Aufständischen mit ihrem Nachschub arg in Bedrängnis gekommen (SWB 22.9.). Sollten diese Mangelerscheinungen auf eine herabgesetzte Unterstützungstätigkeit der Chinesen zurückzuführen sein?

Eine interessante Meldung sollte hier noch erwähnt werden, auch wenn sie auf den ersten Blick völlig nebensächlich zu sein scheint: Die "Stimme des Volkes von Thailand", ein Partisanensender, der dem Aufbau einer revolutionären Infrastruktur in Thailand seit 1962 gedient hat, meldete, daß der Generaldirektor des Meteorologischen Regierungs-Departments von Thailand auf einer Pressekonferenz mitgeteilt habe, daß zwischen der VRCh und Thailand meteorologische Informationen ausgetauscht würden, obwohl keine offiziellen Beziehungen bestünden (SWB 22.9.). Also eine Meldung, bei der das Regime in Bangkok als kooperabel hingestellt wird! Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer; doch sollte es völlig ausgeschlossen sein, daß auf lange Sicht die Aufständischen in Thailand von der Linken Volkskriegsstrategie auf eine Strategie der Vereinten Fronten mit der Zentralregierung gegen die USA umschalten?

VIETNAM

(30) Chinesischer Blockadebrecher

Ende August hat ein chinesisches Minensuchboot die amerikanische Blockade im Golf von Tongking durchbrochen - ein Ereignis, an das sich zahlreiche Spekulationen knüpften. Zweifellos ist an dieser Aktion der politische Kern wesentlich interessanter als die rein technische Leistung. Während die Sowjetunion, die ursprünglich zwei Minensuch- und Minenräumgeschwader angekündigt hatte, sich bisher zurückhielt, hat China damit eine demonstrative Geste vollzogen. Die FAZ (29.8.) meint, daß die Aktion den Sinn habe, "die Nordvietnamesen politisch zu streicheln" und außerdem den Sowjetrussen "zu zeigen, daß sie auch zur See einiges könnten".

In Wirklichkeit sind die Hintergründe beim Volkskriegsdenken der Chinesen zu suchen. Die Ausführungen des Politikommissars einer Torpedobooteinheit sind in diesem Zusammenhang besonders interessant: "Lange Zeit hindurch schwankte der chinesische Chruschtschew und sein Agent P'eng Tehuai das zerfetzte Banner der 'Besonderheiten der Marine' und erklärte, sich heiser schreiend, 'da es auf See weder Wälder, Gebirgsschluchten, einen grünen Vorhang von Kaoliang-Feldern noch Volksmassen gibt, sind der Volkskrieg und derartige Zeug überholt. ...! Doch unsere Flottillen tauchten, zwischen den Riffen im Hinterhalt liegend, plötzlich aus dem Nichts auf, um großen Feindschiffen schweren Schaden zuzufügen. Unter dem Schutze dichten Nebels

fürten sie Überraschungsangriffe auf feindliche Häfen und Anlegestellen aus, die Feindschiffe in Verwirrung auseinandertreibend. .. Die von unseren Torpedobooten gelieferten Seegefechte beweisen ebenfalls völlig, daß der Volkskrieg auch zur See die wirksamste Waffe zur Niederschlagung des Feindes und zur Erzielung des Sieges ist. Solange wir die Lehre Mao Tse-tungs beherrschen, uns fest auf die Volksmassen stützen, besten Gebrauch machen von dem 'grünen Vorhang' auf See - Riffe, Inselchen, Wolken, dichter Nebel und Wellen, die Bäumen, Plantagen und anderweitiger Deckung an Land entsprechen - und die Strategie und Taktik des Volkskrieges voll zur Geltung bringen, werden wir unbedingt den Imperialismus und seine Lakaien besiegen" (PRu 1968, Nr.8, S.28).

Der Aufruf an die Nordvietnamesen, einen lange hingezogenen Volkskrieg an allen Fronten zu führen, wurde also durch den Bravourstreich des chinesischen Blockadebrechers den Vietnamesen erneut vor Augen geführt.

(31) Öl und Techniker nach Vietnam

Peking scheint seine aktive Unterstützung für Nordvietnam zu verstärken. Nach dreijähriger Unterbrechung sendet China wieder in größerem Ausmaße Experten und Techniker nach Nord-Vietnam, die für Ausbau und Reparatur der Verkehrswege sorgen sollen. Schon zur Zeit der ersten Luftangriffe 1965-68 hatte China etwa 50 000 Fachleute und Techniker nach Nord-Vietnam beordert. Hauptaufgabe der Experten ist der Bau von Rollbahnen und Erdölleitungen, die für die Sicherstellung des Nachschubs an die Front unentbehrlich sind.

Nach Satellitenaufnahmen des amerikanischen Geheimdienstes sollen zum ersten Male wieder sowjetische Tanker Treibstoff und andere Petroleumprodukte in chinesischen Häfen löschen, augenscheinlich um verstärkte chinesische Lieferungen an Vietnam über die beiden im Juli und August ds.Js. fertig gewordenen Pipelines (C.a. August 72 S.25) zu ersetzen (AFP, 11.9., IHT, 2.9.).

Außenpolitik – Taiwan

(32) Abbruch diplomatischer Beziehungen mit Japan

Kurz nach Veröffentlichung des Pekinger Kommunique am 29.9. erklärte das Außenministerium in Taipei noch vor Tokyo den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Japan. In der Erklärung wird die japanische Regierung der Vertragsuntreue beschuldigt. Die Freundschaft Taipeis mit den antikommunistischen Menschen in Japan, so die Erklärung, bestehe aber unberührt weiter. In der Öffentlichkeit Taiwans herrscht eine starke antijapanische Stimmung. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit Taiwans gegenüber Japan wird nach den Worten des Wirtschaftsministers vom 29.9. stufenweise vorangetrieben werden. Was die Börse in Taiwan angeht, so ist diese kaum von dem politischen Schlag beeinflusst; die Kurse steigen sogar allgemein. (S. "Themen des Monats, Taiwan und Japan - zurück zum Kriegszustand?")

(33) Taiwan in Afrika und Nahost weiterhin aktiv

Nach den entmutigenden Rückschlägen für die "Republik China" hat Taipei den Kampf in Afrika und Nahost gegen den immer größeren Druck der Volksrepublik nicht aufgegeben. Anfang des Monats überreichte der taiwan-chinesische Botschafter in Amman der jordanischen Regierung eine Note, in der Taiwan technische Hilfe für Ölbohrungen anbietet. Zwischen Gabun

und Taiwan kam es zu einem neuen Vertrag über technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft, der von dem taiwanesischen Botschafter Timothy Huang unterzeichnet wurde (Radio Kuwait, 6.9., MD 1.9.72).

(34) Chiang-Attentäter strebt britisches Asyl an

Durch einen Selbstmordversuch mit Schlafmitteln hat sich der taiwanische Architekt Cheng Tzu-tsai noch im Flugzeug der Auslieferung an die amerikanischen Behörden entziehen können. Cheng war an dem Attentat auf den Chiang Kai-shek - Sohn und jetzigen Ministerpräsidenten Taiwans, Chiang Ching-kuo, im Mai 1970 in New York beteiligt. Nach Hinterlegung einer Kautions in den USA auf freien Fuß gesetzt, gelang es ihm darauf, nach Schweden zu fliehen. Auf einen amerikanischen Auslieferungsantrag hin wollten die schwedischen Behörden nun den unbehaglichen Angehörigen der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung in die Staaten abschieben. Wegen des bedenklichen Gesundheitszustandes des Taiwaners mußte die Maschine in London zwischenlanden; Cheng wurde am 4. September in einem Militärkrankenhaus in London behandelt und mußte sich am 12. September vor einem britischen Gericht verantworten. Auf Betreiben seiner Gattin hat der Rechtsanwalt des Taiwaners einen Antrag auf politisches Asyl an das britische Außenministerium gestellt. Für die Beteiligung an dem Attentat würde Cheng eine Maximalstrafe von 25 Jahren erwarten; eine Auslieferung an die Taiwan-Regierung gilt als unwahrscheinlich, weil sie einem Todesurteil gleichkäme (The Times, 5., 12., 13.9.).

Internationale Organisationen und Konferenzen

UNO

(35) Bedrängnis in der Bangla Desh - Frage

Zur 27. Vollversammlung der Vereinten Nationen, die am 19. September begann, sandte die VR China, nachdem sie erst im letzten Jahr der Weltorganisation beigetreten war, eine 12köpfige Delegation. Leiter und Stellvertreter sind wie in der letzten Sitzungsperiode der attraktive Vizeaußenminister Ch'iao Kuan-hua und der erstblickende Botschafter Chinas bei der UNO, Huang Hua. Bei der Debatte über die Tagesordnung war es der VR China nicht gelungen, das Thema Bangla Desh absetzen zu lassen, und so gerieten der chinesische und der sowjetische Vertreter abermals in eine heftige Auseinandersetzung. Dabei betonte der chinesische Vertreter, Huang Hua, daß China nicht grundsätzlich gegen die Aufnahme von Bangla Desh in die UNO sei. Da Bangla Desh aber mit Unterstützung der Sowjetunion und Indiens den Beschlüssen der UNO im letzten Jahr nicht gefolgt sei und jetzt noch immer 90.000 pakistanische Kriegsgefangene als "Geiseln" bei sich halte, sehe China vorläufig Bangla Desh noch nicht als für die UNO geeignetes Mitglied an. Schon am 25. August im Sicherheitsrat hatte die VR China als ständiges Mitglied mit ihrem Vetorecht gegen die Aufnahme von Bangla Desh gestimmt. (Nach Art.4 Abs.2 der UNO-Satzung kann die Vollversammlung kein neues Mitglied ohne die Empfehlung des Sicherheitsrates aufnehmen.)

Der von China und der Sowjetunion unterstützte Antrag auf Abschaffung der UNO-Kommission für die Wiedervereinigung und Rehabilitierung Koreas

sowie den Abzug der US-Streitkräfte unter der UNO-Flagge von 40 000 Mann aus Südkorea kam nicht auf die Tagesordnung; dagegen wurde der von beiden Mächten abgelehnte Gegenstand der Abwehr von Terrorismus aufgenommen.

(36) VR China fordert Rückzug aus Südkorea

Peking hat die Vereinten Nationen angerufen, die Aktivitäten der UNO-Kommission für die Vereinigung Koreas zu beenden und auf diese Weise den Rückzug fremder Truppen aus Südkorea einzuleiten (JMJP 9.9.). Es sei nunmehr an der Zeit, daß die UNO die Korea-Frage ernsthaft diskutiere und Maßnahmen zur Schaffung von Bedingungen beschließe, welche die friedliche und selbständige Wiedervereinigung Koreas fördern könnten. Dieser Antrag wurde jedoch vom UNO-Lenkungsausschuß abgelehnt. Daraufhin beschloß der Lenkungsausschuß am 21. September, der Vollversammlung vorzuschlagen, in diesem Jahr die Korea-Frage nicht zu behandeln. Die Korea-Auseinandersetzung könne das politische Tauwetter auf der koreanischen Halbinsel gefährden. Das Gremium konnte sich auch der Meinung Chinas nicht anschließen, daß die UNO-Korea-Kommission und die UNO-Truppe in Südkorea Ursache der Spaltung des Landes seien (NZZ 22.9.).

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

(37) Für eine Mitgliedschaft der Sowjetunion und Chinas im Internationalen Führungsfonds (IWF) hat sich ein führendes Mitglied der Organisation ausgesprochen. Es gab zu bedenken, daß der Handel zwischen den Mitgliedsländern des Fonds und den beiden kommunistischen Staaten ständig steige (FAZ 23.9.). Ob China, das stolz darauf ist, keine in- und ausländischen Schulden zu haben, und das überdies darauf drängt, daß jeder Staat seine Probleme "auf eigenen Füßen stehend" löst, an einer solchen Teilnahme interessiert ist, mag fraglich sein. Wenn es für Peking überhaupt einen Grund gibt, sich an einer solchen Organisation zu beteiligen, so vielleicht nur dann, wenn sicher ist, daß es auf diese Weise stärkeren Einfluß auf Probleme der Dritten Welt im Sinne der sinokommunistischen Lösungsstrategien gewinnt.

KONFERENZ DES INTERNATIONALEN KAFFEE-KOMITEES

(38) Obwohl China selbst kein Kaffee-Erzeugerland ist und die meisten Chinesen auch alltäglich nur Tee trinken, zeigt die NCNA in einer ausführlichen Meldung vom 6. September großes Interesse an der im August in London abgehaltenen Konferenz des Internationalen Kaffee-Komitees, die sich mit dem Kaffeepreis und der Exportquote für das am 1. Oktober ds.Js. beginnende Kaffeejahr 1972/73 beschäftigt hat. Wie beim Ölproblem gibt es in der Kaffeefrage zwei einander gegenüberstehende Fronten, nämlich die Exportländer und die Importländer. Zum Internationalen Kaffee-Komitee gehören 41 Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika als Produzenten und 21 Industriestaaten als Konsumenten. Die chinesische Presseagentur wirft den USA, als den "Superkaffeeverbrauchern" der Welt, die Manipulation des Komitees vor. Durch einige alte Klauseln in den Kaffee-Vereinbarungen würden die Produzenten an der Erhöhung der Exportquote und des Preises gehindert. Der Kaffeepreis sei zur Zeit sogar niedriger als vor 20 Jahren, so behauptet die NCNA, und die Produzenten hätten damit 10 Mrd. Dollar verloren! Auch hier

will Peking seine Solidarität mit der Dritten Welt demonstrieren.

Innenpolitik

(39) Ideologische Säuberung Lin Piaos

Kurz nach dem Bekanntwerden des Sturzes von Lin Piao hat auch bereits die offizielle Korrektur der neueren chinesischen Geschichtsschreibung begonnen. In der achten Nummer der "Hung-ch'i" (S.11-15), in der eine detaillierte Diskussion über Planung und Ausführung des militärischen Feldzugs gegen Chiang Kai-shek in der Mandschurei vor 24 Jahren wiedergegeben wurde, übergeht das Blatt die Tatsache, daß Marschall Lin damals die vierte Feldarmee geführt hat. "Vorsitzender Mao persönlich organisierte und befehligte diese Kampagne", führt "Hung-ch'i" aus. Lin erscheint lediglich als Obstruktionist, der an Maos Schlachtplänen herumkrittelt.

Es wäre interessant zu wissen, wie sich die anderen Offiziere, die damals Seite an Seite mit Lin Piao kämpften, mit dieser neuen Version abfinden. Auch die Rolle des ehemaligen Verteidigungsministers P'eng Teh-huai, der 1959 stürzte, war auf ähnliche Weise aus den Aufzeichnungen getilgt worden, - und dies, obwohl P'eng gerade im Koreakrieg eine überragende Rolle als Oberbefehlshaber gespielt hatte. Wie sich während der Kulturrevolution herausstellte, blieb der Sturz P'engs nicht unwidersprochen. Vor allem das berüchtigte Stück "Hai Jui wird aus dem Amt entlassen", das von dem mit Liu Shao-ch'i eng verbundenen Wu Han geschrieben wurde und in dem die Gestalt P'engs Modell gestanden hatte, war seinerzeit im Jahre 1966 unmittelbarer Anstoß für umfangreiche personelle Säuberungen, die dann in die Kulturrevolution einmündeten. Wird der Geist Lin Piaos zu ähnlichen Spätzündungen führen?

(40) Grünes Licht für die Christen Chinas

Es gehört zum Wesen der chinesischen Kulturrevolution, die sich als national-kultureller Reinigungsprozeß verstand, daß ausländische Einflüsse besonders in die Schußlinie gerieten. Zu diesen gehörten auch die christlichen Kirchen beider Konfessionen. Nur wenig ist bisher bekannt über die Verfolgung, der die etwa 1 % Christen der chinesischen Bevölkerung (=7 Millionen) während der Kulturrevolution ausgesetzt waren. Angesichts der Härte, mit der in dieser Periode politisch-ideologische Abweichungen geahndet wurden, können wir nur folgern, daß die chinesischen Christen in besonderem Maße Objekte der Verfolgung gewesen sind.

Umso mehr verdient daher die Tatsache Beachtung, daß im Berichtsmonat einer der führenden Christen Chinas, Ting Kuang-hsün, als erster profiliert Christ nach der Kulturrevolution wieder auftritt: Ting, ein protestantischer Bischof, war stellvertretender Vorsitzender des Rates zur Selbstverwaltung der Protestantischen Kirchen Chinas und Direktor des Instituts für Protestantische Theologie in Nanking.

Es steht zu erwarten, daß die pragmatische Politik Chou En-lais, die sich jetzt nach der Ausschaltung Lin Piaos voll zu entfalten beginnt, auch den chinesischen Christen wieder den alten Spielraum zubilligt, der chinesischerseits immer im Rahmen der Minderheitenpolitik gesehen wurde.